

Handbuch Ermittlungen im Unternehmen

Verhalten gegenüber
Staatsanwaltschaft, Steuerfahndung, Kartellbehörden

von

Viktor Foerster
Rechtsanwalt

Lisa Rattmann
Rechtsanwältin

Petra Vozdecka
Rechtsanwältin



RICHARD BOORBERG VERLAG
STUTT GART · MÜNCHEN
HANNOVER · BERLIN · WEIMAR · DRESDEN

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen, Zitierung	19
Bearbeitungszeiten	22
Teil I	
1. Problemdarstellung: Ermittlungsmaßnahmen und Compliance	29
1.1 Corporate Compliance und Riskmanagement	30
1.1.1 Gesetzliche Anforderungen an Riskmanagement	31
1.1.2 Normative Grundlagen eines Riskmanagementsystems	32
1.1.3 Aufgabenstellung für den Vorstand/die Geschäftsführung	32
1.1.4 Qualität des Riskmanagementsystems	33
1.1.5 Lagebericht	33
1.1.6 Aufsichtsrat und Riskmanagementsystem	34
1.2 Organisatorische Rahmenbedingungen	35
1.2.1 Risikosensibilisierung	35
1.2.2 Schaffung einer Kommunikationsstruktur	36
1.2.3 Kompetenz- und Aufgabenzuordnung	37
1.3 Riskmanagement für Ermittlungsmaßnahmen	37
1.4 Ziel dieses Handbuchs	38
1.4.1 Bearbeitungszeiten	39
1.4.2 fr_leitfaden	39
1.4.3 fr_elearning_tool	40
1.5 Weiterentwicklung des Handbuchs	40
2. Das Unternehmen im strafprozessualen Verfahren	41
2.1 Die Stellung des Unternehmens als (Haupt- und) Nebenbeteiligter	42
2.2 (Partielles) Schweigerecht des Unternehmens	44
2.2.1 Personenkreis	45
2.2.2 Situation für Schweigerecht	46
2.3 Dinglicher Arrest zum Zweck des Verfalls / Einziehung von Wertersatz	46
2.4 Gesetzesverschärfungen zur effektiven Durchsetzung von Vermögensabschöpfungen	47

Inhaltsverzeichnis

2.4.1	Gesetz zur Stärkung der Rückgewinnungshilfe und der Vermögensabschöpfung	47
2.4.2	Anerkennung und Vollstreckung von Einziehungsentscheidungen (EU)	48
2.5	Akteneinsichtsrecht des Unternehmens	49
3.	Verhalten der Mitarbeiter des Unternehmens	50
3.1	Verhalten bei Eintreffen der Ermittler	50
3.1.1	Verständigung von Geschäftsleitung und Rechtsabteilung	50
3.1.2	Besucherraum	51
3.1.3	Verständigung der Rechtsanwaltskanzlei des Unternehmens	51
3.1.4	Anwesenheitsrechte des Rechtsanwalts/des Verteidigers	53
3.1.4.1	Durchsuchung im Unternehmen	53
3.1.4.2	Durchsuchung von Privaträumen	53
3.2	Verhalten während der Durchsuchung	55
3.2.1	Keine unnötige Konfrontation	55
3.2.2	Keine Gespräche mit Ermittlern	55
3.2.3	Keine Behinderung der Durchsuchung	56
3.2.4	Keine Vernichtung von Unterlagen bzw. Löschung von Daten	57
3.2.5	Befolgung der Anweisungen des Leitenden Rechtsanwalts	57
3.2.6	Keine Pflicht zur Anwesenheit	57
4.	Verhalten des Rechtsanwalts/Verteidigers	58
4.1	Syndikusanwalt	58
4.1.1	Kein Auftreten als Rechtsanwalt des Unternehmens	58
4.1.2	Kein Auftreten als Verteidiger des Beschuldigten	59
4.2	Verhalten bei Eintreffen der Ermittler	60
4.2.1	Legitimationsüberprüfung der Ermittler	60
4.2.2	Prüfung der Durchsuchungsanordnung	60
4.2.3	Eröffnungsgespräch	61
4.2.3.1	Organisatorische Abwicklung	62
4.2.3.2	Räumliche Eingrenzung der Durchsuchung	63
4.3	Verhalten während der Durchsuchung	64
4.3.1	Internes Protokoll/Dokumentation von Verfahrensverstößen	64
4.3.2	Mitwirkung bei Durchsuchung	65

4.3.3	Begleitung und Beobachtung der Ermittler	66
4.3.4	Gezielte Suche nach "Zufallsfunden" unterbinden	67
4.3.5	Durchsicht von Unterlagen durch Polizeibeamte untersagen	67
4.3.6	Telefonsperre untersagen	68
4.3.7	Beeinträchtigung unbeteiligter Personen untersagen	69
4.3.8	Belehrung des Beschuldigten über Verhaltensregeln	69
4.4	Sichtung von Unterlagen	70
4.4.1	Vorläufige Sicherstellung	70
4.4.2	Durchsicht	71
4.5	Verhalten bei Sicherstellung/Beschlagnahme	72
4.5.1	Prüfung der Beschlagnahmeanordnung	72
4.5.2	Widerspruch gegen Sicherstellung: Beschlagnahme	73
4.5.3	Zufallsfunde	74
4.5.4	Herausgabe lediglich von Kopien/gescannten Dateien	75
4.5.5	Geltendmachen von Beschlagnahmeverboten	75
4.6	Verhalten nach Beendigung der Maßnahmen	76
4.6.1	Überprüfung des Durchsuchungsprotokolls	76
4.6.2	Überprüfung des Sicherstellungsverzeichnisses	77
4.6.3	Organisation einer Sockelverteidigung	78
4.6.4	Eigene Ermittlungsmaßnahmen	79
4.6.5	Aufhebung der Beschlagnahme	79
4.6.5.1	Herausforderung beschlagnahmter Gegenstände	79
4.6.5.2	Vernichtung der Kopien/gescannten Dateien	80
5.	Rechtmäßigkeit einer Durchsuchung	81
5.1	Formelle Anforderungen an eine Durchsuchungsanordnung	82
5.1.1	Richtervorbehalt	82
5.1.2	Ausnahme: Gefahr im Verzug	83
5.1.3	Schriftform	84
5.1.4	Gültigkeitsdauer: maximal sechs Monate	85
5.1.5	Zuständigkeit	86
5.1.5.1	Ermittlungsrichter/Bereitschaftsrichter	86

Inhaltsverzeichnis

5.1.5.2	Örtliche Zuständigkeit	86
5.2	Materielle Anforderungen an eine Durchsuchungsanordnung	87
5.2.1	Befugnisnorm für Durchsuchung	87
5.2.2	Anforderungen an den Inhalt	88
5.2.2.1	Tatvorwurf	88
5.2.2.2	Zweck und Ziel	90
5.2.2.3	Art und Inhalt der Beweismittel	91
5.2.2.4	Ausmaß der Durchsuchung	92
5.3	Durchsuchung beim Verdächtigen	92
5.3.1	Verdächtiger	92
5.3.2	Ergreifen des Verdächtigen	93
5.3.3	Vermutung für Auffindung von Beweismitteln	94
5.3.4	Räume i.S.d. § 102 StPO: Arbeitsplatz, Wohn- und Nebenräume	94
5.3.5	Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume ("Arbeitsplatz")	96
5.3.6	Person des Verdächtigen	99
5.3.7	Sachen, die dem Verdächtigen gehören	99
5.4	Durchsuchung beim Dritten	100
5.4.1	Dritte	100
5.4.2	Durchsuchung beim Dritten: Grundnorm	100
5.4.2.1	Beschlagnahme bestimmter Gegenstände	100
5.4.2.2	Konkrete Auffindungsvermutung für zu durchsuchende Räume	101
5.4.3	Gebäudedurchsuchung bei Katalogstraftaten	101
5.4.4	Raumdurchsuchung bei Ergreifung/Verfolgung des Beschuldigten	102
5.4.5	Durchsuchung der Person des Dritten	102
5.5	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	103
5.6	Verbrauch der Durchsuchungsanordnung	105
5.6.1	Durchsuchung beendet	105
5.6.2	Herausgabe der Beweismittel	105
5.7	Rechtsfolgen einer rechtswidrigen Durchsuchungsanordnung	106

6.	Rechtmäßigkeit einer Beschlagnahme	108
6.1	Formelle Anforderungen an die Beschlagnahmeanordnung	108
6.1.1	Richtervorbehalt	108
6.1.2	Ausnahme: Gefahr im Verzug	108
6.1.2.1	Bestätigung nichtrichterlicher Anordnungen	109
6.1.2.2	Belehrungspflicht der Staatsanwaltschaft/Ermittlungsperson	110
6.1.3	Zuständigkeit	110
6.1.4	Form der Anordnung	110
6.2	Materielle Anforderungen an die Beschlagnahmeanordnung	111
6.2.1	Anforderungen an den Inhalt	111
6.2.2	Beschlagnahmeverbote	112
6.2.2.1	Sonderstellung des Syndikusanwalts	113
6.2.2.2	Ausnahmen vom Beschlagnahmeverbot	113
6.2.2.3	Geltendmachung von Beschlagnahmeverboten	114
6.2.3	Vertrauliche Firmeninformationen	115
6.2.4	Beschlagnahme von Mobiltelefonen	116
6.2.5	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	116
7.	Rechtsbehelfe bei Durchsuchung und Beschlagnahme	117
7.1	Taktische Hinweise	117
7.2	Vorlage einer Vollmacht	117
7.2.1	Vorlage einer schriftlichen Vollmacht	118
7.2.2	Beschränkung der Vollmacht auf drei Verteidiger	118
7.3	Übersicht: Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen	119
7.4	Beschwerde	122
7.4.1	Zeitliche Beschränkung	122
7.4.2	Beschwerdeberechtigung	123
7.4.3	Grundsätzlich keine Hemmung des Vollzuges	123
7.4.4	Beschwerde gegen richterliche Durchsuchungsanordnung	123
7.4.5	Beschwerde gegen richterliche Beschlagnahmeanordnung	124
7.5	Antrag auf richterliche Entscheidung	125
7.5.1	Gegen nichtrichterliche Durchsuchungsanordnung	125

Inhaltsverzeichnis

7.5.2	Gegen Art und Weise der Durchsuchung	126
7.5.3	Gegen nichtrichterliche Beschlagnahmeanordnung	126
7.5.4	Gegen Art und Weise der Beschlagnahme	127
7.6	Antrag auf Aussetzung der Vollziehung	127
7.7	Akteneinsicht des Verteidigers/Unternehmens/Beschuldigten	128
7.7.1	Zuständigkeit für Akteneinsichtsgesuch	129
7.7.1.1	Akteneinsicht während des Ermittlungsverfahrens	129
7.7.1.2	Akteneinsicht nach erhobener Anklage	129
7.7.2	Umfang der Akteneinsicht	130
7.7.2.1	Akteneinsicht bei Antrag auf mündliche Haftprüfung	131
7.7.2.2	Akten	132
7.7.2.3	Beweisstücke	133
7.7.3	Ablehnung der Akteneinsicht durch die Staatsanwaltschaft	133
7.8	Verfassungsbeschwerde zum BVerfG	134
7.9	Dienstaufsichtsbeschwerde	134
8.	Vernehmung	135
8.1	Verhalten bei Vernehmungen	135
8.1.1	Keine Aussage zur Sache ohne Anwesenheit des Rechtsanwalts	135
8.1.2	Keine Vernehmung auf dem Firmengelände	136
8.1.3	Keine Entbindung der Berufsgeheimnisträger von der Schweigepflicht	136
8.1.4	Verbotene Vernehmungsmethoden	136
8.2	Vernehmung eines Beschuldigten	138
8.2.1	Ladung zur Vernehmung	138
8.2.2	Beschuldigtenbelehrung	138
8.2.3	Übersicht: Rechte und Pflichten des Beschuldigten	140
8.3	Vernehmung von Zeugen	141
8.3.1	Ladung zur Vernehmung	141
8.3.2	Zeugnisverweigerungsrecht	142
8.3.3	Auskunftsverweigerungsrecht	143
8.3.4	Verlesungsverbot des § 252 StPO	143
8.3.5	Zeugenbelehrung	144

8.3.6	Recht auf anwaltlichen Zeugenbeistand	145
8.3.7	Übersicht: Rechte und Pflichten des Zeugen	146
8.3.8	Konsequenzen einer Zeugenaussage	147
8.4	Anwesenheitsrechte bei Zeugenvernehmung durch den Ermittlungsrichter	148
8.5	Vernehmungsprotokolle	149
9.	Festhalte- und Festnahmerechte	150
9.1	Festhalterecht	150
9.2	Vorläufige Festnahme und Haftbefehl	151
9.2.1	Vorläufige Festnahme auf frischer Tat	152
9.2.2	Vorläufige Festnahme bei Gefahr im Verzug	152
9.2.3	Haftbefehl	153
9.3	Rechtsschutz gegen Haftbefehl auf Betreiben des Beschuldigten	154
10.	Beendigung des Verfahrens gegen den Beschuldigten	156
10.1	Beendigung des Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft	157
10.1.1	Einstellung des Ermittlungsverfahrens mangels hinreichenden Tatverdachts	157
10.1.2	Einstellung des Ermittlungsverfahrens wegen Geringfügigkeit	157
10.1.3	Einstellung gegen Auflagen und Weisungen	158
10.1.4	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftaten	158
10.1.5	Anklage oder Antrag auf Strafbefehl	158
10.2	Beendigung des Verfahrens durch das Gericht	159
10.2.1	Einstellung des Verfahrens	159
10.2.2	Strafbefehl	159
10.2.3	Urteil – Verurteilung oder Freispruch	160
10.3	Auslagen- und Kostenerstattung	160
11.	Aufwendungen und Schäden durch Ermittlungsmaßnahmen	161
11.1	Entschädigung des Beschuldigten nach StrEG	161
11.2	Entschädigung von Zeugen nach JVEG	162
11.3	Entschädigung Dritter nach JVEG	162
11.4	Entschädigung nach Enteignungsgrundsätzen	163
11.5	Amtshaftungsanspruch	163

Inhaltsverzeichnis

12.	Interne und externe Kommunikation des Unternehmens	164
12.1	Pressesprecher	164
12.2	Interne Kommunikation	165
12.3	Externe Kommunikation	165
13.	Vorsorgemaßnahmen	166
13.1	Vorsorgemaßnahmen für reaktives Verhalten	166
13.2	Vorsorgemaßnahmen für proaktives Verhalten	167
Teil II		
14.	Steuerfahndung	171
14.1	Behörden- und Dienststellenstruktur	171
14.2	Verhältnis zwischen Staatsanwaltschaft und Finanzbehörde	172
14.3	Verhältnis zwischen Besteuerungs- und Strafverfahren	173
14.4	Befugnisse der Steuerfahndung	174
14.4.1	Durchsuchung	176
14.4.2	Beschlagnahme	177
14.4.3	Sicherung der Steuerschuld	178
14.5	Sachliche und örtliche Zuständigkeit	179
14.6	Verjährung	180
14.6.1	Dauer der Festsetzungsfrist und Strafverfolgungsverjährung	180
14.6.2	Beginn der Festsetzungsfrist und Strafverfolgungsverjährung	181
14.7	Einleitung des Strafverfahrens	182
14.8	Mitwirkung des Beschuldigten	185
14.8.1	Mitwirkung im Strafverfahren	185
14.8.2	Mitwirkung im Besteuerungsverfahren	186
14.8.2.1	Grundsatz: Mitwirkungs- und Wahrheitspflicht	186
14.8.2.2	Einschränkung: Gefahr strafrechtlicher Verfolgung	186
14.8.2.3	Problem: Kollision der Pflichten	187
14.8.2.4	Auswirkung auf das Strafverfahren	188
14.9	Mitwirkung von Dritten	189
14.9.1	Vernehmung und Auskunftersuchen	189

14.9.1.1	Ladung im Steuerstrafverfahren	189
14.9.1.2	Ladung im Besteuerungsverfahren	189
14.9.2	Aussageverweigerungsrechte	191
14.9.3	Entschädigung	191
14.10	Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Steuerfahndung	192
14.10.1	Strafrechtliche Rechtsbehelfe	192
14.10.2	Steuerrechtliche Rechtsbehelfe	192
14.10.3	Dienstrechtliche Rechtsbehelfe: Dienstaufsichtsbeschwerde	193
14.10.4	Verfassungsrechtliche Rechtsbehelfe: Verfassungsbeschwerde zum BVerfG	193
14.11	Steuergeheimnis	194
14.12	Steuerrechtliche Nebenleistungen	195
14.12.1	Hinterziehungszinsen	195
14.12.2	Säumniszuschläge	196
14.13	Selbstanzeige	196
14.13.1	Selbstanzeigefähige Delikte	197
14.13.2	Selbstanzeigefähige Personen	198
14.13.3	Formvoraussetzungen	198
14.13.4	Adressat	199
14.13.5	Nachzahlung	200
14.13.6	Sperren	200
14.13.6.1	Erscheinen des Ermittlers des Finanzamtes	201
14.13.6.2	Einleitung des Steuerstrafverfahrens	201
14.13.6.3	Tatentdeckung	201
14.13.7	Rechtsfolgen	202
 Teil III		
15.	Kartellbehörden	205
15.1	Zuständigkeiten	205
15.2	Ablauf des kartellrechtlichen Verfahrens	207
15.3	Ermittlungsbefugnisse	208
15.3.1	Ermittlungsbefugnisse der Kommission	208

Inhaltsverzeichnis

15.3.1.1	Auskunftsverlangen und Befragung	209
15.3.1.2	Nachprüfung	210
15.3.1.3	Enquête-Untersuchung	214
15.3.2	Ermittlungsbefugnisse der deutschen Kartellbehörden	214
15.3.2.1	Verwaltungsverfahren	216
15.3.2.2	Bußgeldverfahren	217
15.3.2.3	Zeugnisverweigerungsrecht nach deutschem Recht	218
15.3.3	Recht auf juristischen Beistand	218
15.3.4	Legal Privilege	219
15.3.4.1	Legal Privilege gegenüber Ermittlern der Kommission	219
15.3.4.2	Legal Privilege gegenüber deutschen Ermittlern im Kartellverfahren	220
15.4	Rechtsschutz gegen Ermittlungsmaßnahmen	221
15.4.1	Ermittlungsmaßnahmen der Kommission	221
15.4.2	Ermittlungsmaßnahmen der deutschen Kartellbehörden	221
15.4.2.1	Verwaltungsverfahren	221
15.4.2.2	Bußgeldverfahren	222
15.5	Sachentscheidungen der Kartellbehörden	222
15.5.1	Sachentscheidung der Kommission	223
15.5.2	Sachentscheidungen des Bundes- bzw. Landeskartellamts	224
15.6	Bußgeldhöhe	225
15.6.1	Kommission	225
15.6.2	Bundeskartellamt/Landeskartellamt	225
15.6.2.1	Bußgeld gegen Privatpersonen	225
15.6.2.2	Bußgeld gegen Unternehmen	226
15.7	Kronzeugenregelung	227
15.7.1	Kommission	227
15.7.2	Bundeskartellamt	228
15.8	Handlungsbedarf des Unternehmens	230
15.8.1	Compliance Programm bzgl. des Kartellrechts	230
15.8.2	Vorgehensweise bei Verdacht eines Kartellverstoßes	231
15.8.3	Nachbereitung von Durchsuchungen	231

Checklisten und Formulare	233
Glossar	261
Gesetze	270
Rechtsprechung	272
Grafiken / Tabellen	275
Literaturverzeichnis + Materialien (Auswahl)	279
Autoren	
Rechtsanwalt Viktor Foerster	285
Rechtsanwältin Lisa Rattmann	287
Rechtsanwältin Petra Vozdecka	289
Sachregister	291